



# WOCHENRÜCKBLICK



## Regierung sollte auf steigende Amtsbezüge verzichten

Die Diskussion über steigende Amtsbezüge für Mitglieder der Bundesregierung sorgt zunehmend für Unmut in der Bevölkerung. Während viele Bürger unter massiv steigenden Lebenshaltungskosten, wachsender finanzieller Unsicherheit und dem katastrophal aufgestellten Bundeshaushalt leiden, stehen ausgerechnet für die politische Führung zusätzliche Einkommenssteigerungen im Raum. Auch nachdem Innenminister Dobrindt die geplante Erhöhung der Bezüge des Kanzlers um 65.000 Euro, der Minister um 52.000 Euro und der Staatssekretäre um 39.000 Euro jährlich gestoppt hat, wirft die Entwicklung grundlegende Fragen nach politischer Vorbildfunktion und Verantwortungsbewusstsein auf.

Hierzu teilt der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, mit:

„Der Eindruck verfestigt sich, dass sich Minister und Staatssekretäre von der Lebensrealität der Bürger weiter entfernen. Gerade in Zeiten, in denen viele Menschen jeden Euro zweimal umdrehen müssen, ist es völlig daneben, dass sich die Regierungsmitglieder zusätzliche finanzielle Spielräume verschaffen. Daher bringen wir noch in dieser Woche das ‚Gesetz zur Ermöglichung des Verzichts auf die Amtsbezüge durch Mitglieder der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretäre‘ in den Deutschen Bundestag ein und wollen damit Regierungsmitgliedern und Parlamentarischen Staatssekretären ermöglichen, ganz oder teilweise auf Teile ihrer Bezüge zu verzichten, was bisher angeblich unmöglich sei. Mit unserem Gesetzentwurf schafft die AfD-Fraktion endlich die rechtliche Grundlage dafür, dass Regierungsmitglieder auf Teile ihrer Bezüge verzichten können – wenn sie es denn wirklich wollen.“

**Steigende Amtsbezüge trotz massiver Belastung der Bürger**

**Verzicht statt Erhöhung der Bezüge der Regierung**

**STEPHAN BRANDNER**  
stellv. Bundesvorsitzender

**afd**





## Steigende Fallzahlen: Abschaffung von § 188 StGB: Für echte Meinungsfreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz

Die Alternative für Deutschland (AfD) bekräftigt ihre Forderung nach der Abschaffung des § 188 Strafgesetzbuch (StGB), der sogenannte „Politikerbeleidigung“ unter einen besonderen strafrechtlichen Schutz stellt. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die AfD-Bundestagsfraktion bereits in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Besonders alarmierend sind aus Sicht der AfD die aktuellen Entwicklungen bei den Fallzahlen: Laut jüngsten Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden im Jahr 2025 insgesamt 4.792 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit § 188 StGB registriert. 2024 waren es noch 4.439 Fälle, 2023 lediglich 2.598. Damit haben sich die Ermittlungszahlen innerhalb von nur zwei Jahren nahezu verdoppelt.

„In einer funktionierenden Demokratie müssen Politiker Kritik – auch scharfe und zugespitzte – aushalten können“ stellt der stellvertretende Bundessprecher der Alternative für Deutschland, Stephan Brandner, klar.

„Ein Sonderstrafrecht für Politiker ist nicht nur überflüssig, sondern gefährdet das Vertrauen der Bürger in die Fairness unseres Rechtssystems. Die aktuelle Entwicklung rund um § 188 StGB zeigt aus unserer Sicht eine gefährliche Schiefelage: Wenn sich die Ermittlungszahlen innerhalb weniger Jahre nahezu verdoppeln und selbst satirische oder zugespitzte Äußerungen zunehmend strafrechtlich verfolgt werden, entsteht der Eindruck, dass politische Kritik immer stärker unter Generalverdacht gestellt wird. Eine Demokratie lebt jedoch von offener, auch unbequemer Meinungsäußerung – nicht von Sonderstrafrechten für Amtsträger. Deshalb halten wir die ersatzlose Streichung von § 188 StGB für zwingend erforderlich – auch um unsere eh schon überlastete Justiz zu entlasten.“

## Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten / SKS I“: Großer Erfolg für Gera- aber insgesamt nur jedes 23. Projekt finanzierbar

Mit der Aufnahme der Radrennbahn Gera in das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ erhält Gera mit der heutigen einstimmig gefällten Entscheidung des Haushaltsausschusses dringend benötigte Mittel für eine seit Jahren überfällige Modernisierung.

Der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner (AfD) hatte sich im parlamentarischen Verfahren gemeinsam mit den Haushaltspolitikern der AfD-Bundestagsfraktion intensiv für die Berücksichtigung des Vorhabens eingesetzt. Die Aufnahme in das Programm ist ein bemerkenswerter Erfolg: Beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung sind 3684 Interessensbekundungen mit einer beantragten Fördersumme von mehr als 7,5 Milliarden Euro eingegangen – verfügbar sind im Projekt jedoch nur 333 Millionen Euro. Das Programm ist damit um das 23-fache überzeichnet.

„Dass sich die Radrennbahn Gera in einem derart überzeichneten Verfahren durchgesetzt hat und knapp 4,4 Millionen Euro Fördermittel erhält, ist ein großer Erfolg für meine Heimatstadt. Darüber freue ich mich sehr. Es ist gut für unser Gera, dass diese Mittel nun fließen werden, denn die Sanierung ist für Vereinsleben, Leistungs- und Schulsport von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig muss klar gesagt werden – und das räumt auch die Bundesregierung in ihrer eigenen Pressemitteilung ein: Die Förderung von Sportstätten liegt in der Zuständigkeit der Länder und Kommunen. Dass sie überhaupt nötig sind, liegt auch daran, dass Länder und Kommunen durch Bundesgesetze und politisch verursachte Belastungen – allen voran die Folgekosten der ungesteuerten Migration – finanziell ausgequetscht werden.“

Wer den Kommunen erst die Luft zum Atmen nimmt und ihnen dann Almosen reicht, kuriert Symptome, statt Ursachen zu beseitigen. Die AfD in Regierungsverantwortung wird die Ursachen bekämpfen“, erklärt Stephan Brandner.



## Urteil zur Desiderius-Erasmus-Stiftung zeigt politisch motivierte Benachteiligung

Zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen, wonach der Desiderius-Erasmus-Stiftung für das Jahr 2021 keine Bundesmittel zustünden, erklärt der stellvertretende Bundessprecher der AfD, Stephan Brandner:

„Dieses Urteil macht erneut deutlich, dass mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn es um die Förderung parteinaher Stiftungen geht. Während das Altparteienkartell seit Jahrzehnten Steuergeld in jährlich dreistelliger Millionenhöhe unter sich aufteilt, wird der AfD-nahen Stiftung jegliche Zahlung systematisch verwehrt. Als AfD sind wir zwar grundsätzlich gegen die Alimentierung parteinaher Stiftungen und werden im Falle der Übernahme von Verantwortung diese Mittel nicht länger ausschütten. Solange es das bisherige Finanzierungssystem aber gibt, müssen alle gleich behandelt werden.

Für uns ist klar: Politische Bildungsarbeit darf nicht von parteipolitischen Interessen abhängig gemacht werden. Es braucht gleiche Regeln für alle. Die gezielte Ausgrenzung der größten Partei in Deutschland ist undemokratisch und führt zu verzerrten Bedingungen im politischen Wettbewerb.“



# Aktuelle Videos



# Bürgerdialog in Thyrow



# Fraktionsspitzentreffen im Deutschen Bundestag



**STEPHAN  
BRANDNER**

# Impressionen am Rande des Plenums



# "Schäferstündchen" zur Schafspolitik



# Rückblick auf die Plenarwoche

## Mittwoch 22.4.2026

„In Raketengeschwindigkeit“ habe die Bundesregierung in den vergangenen Monaten die Hightech-Agenda auf den Weg gebracht, sagte die Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Dorothee Bär (CSU), am Mittwoch in der Regierungsbefragung des Bundestages. Man müsse spüren, wie Hightech im Alltag ankomme, betonte die Ministerin.

Neben der Forschungsministerin stellte sich auch der Bundesminister für besondere Aufgaben und Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU) den Fragen der Abgeordneten. Die Bundesregierung wisse, dass sie unter enormem Handlungs- und Reformdruck stehe, sagte Frei. Er sprach dabei den Vorschlag von Gesundheitsministerin Warken zur Krankenversicherungsreform sowie die im Juni erwarteten Ergebnisse der Alterssicherungskommission an, die „sehr schnell“ im Gesetzgebungsprozess umgesetzt werden sollen. Man wisse auch, dass die Voraussetzungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes weiter gestärkt werden müssten. **Hans-Jürgen Goßner (AfD)** sprach das Gender-Thema an. Bayern habe die Gendersprache 2024 für unzulässig erklärt. Dazu sagte Bär, bei ihr gebe es keine Binnen-Is und Sternchen. Für sie gelte: „Leben und leben lassen. Wir haben wichtigere Probleme in diesem Land.“ Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte am Mittwoch die Fragestunde. Getrennt nach Ressorts beantworteten Vertreter der Bundesregierung 45 Minuten lang Fragen, die von den Abgeordneten vorab schriftlich eingereicht worden waren.

29 der insgesamt 69 Fragen wurden von Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt, gefolgt von Abgeordneten der AfD-Fraktion mit 24 Fragen und Abgeordneten der Fraktion Die Linke mit 16 Fragen. Von Abgeordneten der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion sowie von fraktionslosen Abgeordneten wurden keine Fragen gestellt.

Der nordrhein-westfälische **Abgeordnete Maximilian Kneller (AfD)** erkundigte sich beim Bundesverkehrsministerium, welche Erkenntnisse der Bundesregierung hinsichtlich einer möglichen Knappheit von Flugtreibstoff im Zusammenhang mit dem „Iran-Krieg“ vorliegen.

Der Bundestag hat sich am Mittwoch mit der **„Raumfahrtnation Deutschland“** befasst. Die Aktuelle Stunde zum Thema „Mit Forschung und Innovation ‚Made in Germany‘ neue wissenschaftliche Durchbrüche schaffen“ war auf Verlangen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt worden.

Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (CSU) betonte zu Beginn der Debatte, dass Deutschland eine Raumfahrtnation sei und schon heute viel „Made in Germany“ in der internationalen Raumfahrt stecke. Bär zeigte sich beeindruckt von der gelungenen Artemis-Mission und betonte, dass auch deutsche Start-ups und Technik zum Erfolg der Mission beigetragen hätten.

Weniger euphorisch über den deutschen Beitrag zur **Artemis-Mission zeigte sich der AfD-Abgeordnete Andreas Mayer**. Deutschland sei lediglich an einem geringen Teil der Wertschöpfung beteiligt gewesen. Die Meilensteine in der Raumfahrt prägten derzeit andere Länder. Nach einem Jahr im Amt habe die Bundesregierung in diesem Bereich noch keine vorzeigbaren Erfolge verbucht: „Die Bilanz dieser Bundesregierung in Sachen Raumfahrt ist miserabel.“ Mayer sprach von einer „innovations- und technikfeindlichen Politik“, die durch den geplanten EU Space Act noch verstärkt werde. Dabei gehe es in erster Linie um eine Entmachtung der Nationalstaaten und ideologische Fesseln für die Raumfahrt. Mayer forderte stattdessen eine Deregulierung des Sektors.

Die AfD-Fraktion fordert die Einsetzung einer **Expertenkommission „zur Prüfung der Wiederinbetriebnahme abgeschalteter Kernkraftwerke“**. Ein entsprechender Antrag wurde am Mittwoch erstmals im Bundestag beraten und im Anschluss an die Ausschüsse überwiesen. Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag die Einsetzung einer Expertenkommission zur Prüfung der Wiederinbetriebnahme abgeschalteter Kernkraftwerke. Außerdem sollen die Rückbauarbeiten an den Atomkraftwerken Isar 2, Emsland, Grohnde, Neckarwestheim II, Brokdorf, Gundremmingen B und C, Krümmel sowie Philippsburg 2 „unverzüglich“ gestoppt werden.

Die Landesregierungen sollen die Genehmigungen zum Rückbau dieser Kernkraftwerke widerrufen. Die Expertenkommission soll erforderliche Maßnahmen zur Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Atomkraftwerke eingehend und umgehend prüfen und darauf aufbauend eine Reihenfolge der potenziellen Wiederinbetriebnahme der betrachteten Kernkraftwerke erstellen.



# Rückblick auf die Plenarwoche Donnerstag 23.4.2026

Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur **Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge in der vom Ausschuss für Wirtschaft und Energie geänderten Fassung angenommen. Enrico Komning (AfD)** warnte davor, dass beschleunigte Verfahren zum Einfallstor für Fehlentwicklungen würden: „Genau das passiert hier.“ Formal bleibe man bei der Losvergabe, aber in der Praxis werde die Gesamtvergabe leichter möglich, weil nun auch aus zeitlichen Gründen von der Losvergabe abgesehen werden könne. Da jedes Projekt unter Zeitdruck stehe, werde die Folge sein, dass Großaufträge an Großfirmen gingen. „Mittelstand, Handwerk und kleine Unternehmen bleiben bei öffentlichen Aufträgen außen vor oder werden zu Subunternehmern degradiert.“

Der Bundestag hat sich in einer Debatte mit **zwei Initiativen der AfD zum Thema Zwangszuweisungen auseinandergesetzt. Die Fraktion hatte dazu einen Antrag mit dem Titel „Kommunales Vetorecht gegen Zwangszuweisungen von Flüchtlingen“ und einen Gesetzentwurf „zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Asylgesetzes (Massenmigrationsbewältigungsgesetz)“** eingebracht. Für die AfD-Fraktion bezeichnete Marc Bernhard die Lage der Städte und Gemeinden als „katastrophal“. Sie hätten immer weniger Geld für die notwendigen Pflichtaufgaben. Auch die Wohnungsnot verschärfe sich immer weiter. Dafür trage auch die Bundesregierung Verantwortung, da sie „massenhafte Zwangszuweisungen von Flüchtlingen in Gebiete mit Wohnungsnot“ durchführe, kritisierte Bernhard. Er verwies zudem auf seit 2015 durch Migration gestiegene Sozialkosten. „Wer die Kommunen überfordert, gefährdet den sozialen Frieden“, sagte der Abgeordnete.

Der Bundestag hat sich am Donnerstag eine Stunde lang mit der Stärkung der **maritimen Wirtschaft Deutschlands** befasst. **Leif-Erik Holm (AfD)** kritisierte, dass mit dem **500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz „nur Haushaltslöcher gestopft werden“**. Seehäfen wie Lübeck oder Rostock würden bisher nichts von dem Geld sehen. Das Gegenteil sei der Fall. In Mecklenburg-Vorpommern sei gerade eine wichtige Fähranbindung nach Skandinavien eingestellt worden. Ein Anbieter aus dem polnischen Swinemünde übernehme den Betrieb nun.

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen will Menschen besser vor sexueller Misshandlung und Vergewaltigung schützen und das Sexualstrafrecht deshalb zu einem „konsensbasierten“ Sexualstrafrecht („Nur-Ja-heißt-Ja“-Regel)** weiterentwickeln. Sie hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, den der Bundestag erstmals debattiert hat. **Knuth Meyer-Soltau (AfD) bezeichnete den Gesetzentwurf als „Frontalangriff auf die Grundprinzipien unseres Strafrechts“**. Faktisch führe er zu einer „Beweislastumkehr durch die Hintertür“, und dies sei verfassungswidrig. Der Entwurf verlange, dass die Zustimmung „positiv nachweisbar sein muss“. Doch wie solle „ein Mensch beweisen, dass ein ‚Ja‘ gesagt wurde oder dass es nonverbal erkennbar war?“, fügte Meyer-Soltau hinzu.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben sich mit dem Thema **„Vorfälle bei einem von der Amadeu-Antonio-Stiftung geförderten Schulprojekt“** befasst. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der AfD-Fraktion wurde eine Stunde lang darüber debattiert. **AfD-Fraktionschef Tino Chrupalla betonte, die Debatte losgelöst von Parteipolitik führen und niemanden pauschal verurteilen zu wollen. Dennoch seien die Vorfälle nur die Spitze des Eisbergs von Versuchen, Schüler ideologisch beeinflussen zu wollen.**

Der Bundestag hat nach halbstündiger Aussprache einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel **„Konsequenzen aus dem Gerichtsurteil zur Correctiv-Berichterstattung ziehen – Förderung einstellen und Falschbehauptungen entgegenwirken“** abgelehnt. Hintergrund des Antrags ist ein Urteil des Landgerichts Berlin, wonach eine Aussage der Rechercheplattform Correctiv im Zusammenhang mit einem Treffen von AfD-Abgeordneten in Potsdam im November 2023 unwahr sei.

Am Donnerstag hat das Parlament erstmals den von der AfD-Fraktion vorgelegten Antrag **„Mobilfunklücken schließen – Nationale Netzabdeckung für alle Bürger“** behandelt.



# Rückblick auf die Plenarwoche

## Freitag 24.4.2026

Der Bundestag hat am Freitag den sogenannten **Tankrabatt** sowie die "steuerfreie Entlastungsprämie" für Beschäftigte beschlossen. Für den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von Union und SPD zur temporären Senkung der Energiesteuern auf Benzin und Diesel in der Ausschussfassung votierten in namentlicher Abstimmung 451 Abgeordnete, dagegen stimmten 134 Parlamentarier. Es gab eine Enthaltung. Mit den Stimmen der Koalition gegen das Votum von AfD und Die Linke bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen machte das Parlament zudem den Weg frei für die Einführung einer steuer- und abgabenfreien Entlastungsprämie von 1.000 Euro, die Arbeitgeber ihren Beschäftigten freiwillig zahlen können.

Für die **AfD-Fraktion kündigte Kay Gottschalk an, „diesem Gesetz schweren Herzens“ zuzustimmen. Allerdings sei die Senkung der Energiesteuer „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Gottschalk kritisierte, dass dieser zum 1. Juli auslaufe, also zu Beginn der Ferienzeit. Er forderte eine Erhöhung der Pendlerpauschale auf 50 Cent.** Dazu stand ein Antrag seiner Fraktion zur Abstimmung, der ebenfalls auf Empfehlung des Finanzausschusses mit 448 Nein-Stimmen bei 136 Ja-Stimmen zurückgewiesen wurde. Die Notwendigkeit der Maßnahme begründete Gottschalk damit, dass die Pendlerpauschale 2001 zwischen 36 und 40 Cent lag, bei einem Dieselpreis von 82 Cent pro Liter. Heute liege der Dieselpreis bei 2,20 Euro pro Liter und die Pendlerpauschale bei 38 Cent. „Sie haben also tatsächlich die Pendlerpauschale um 18 Prozent abgesenkt“, warf der AfD-Abgeordnete der Regierung vor.

Der Bundestag hat am Freitag **über die Lage im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) beraten und einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mehrheitlich zurückgewiesen.** Bestimmte Bevölkerungsgruppen fänden an der Idee, „den ganzen Tag auf Kosten der Steuerzahler herumzufahren“, während andere dafür zur gleichen Zeit hart arbeiten müssten, sicherlich Gefallen, sagte **Wolfgang Wiehle (AfD)**. „Nicht mit uns“, betonte er. Die Grünen seien in ihren Anträgen „auf den ersten Blick etwas pragmatischer“, befand der AfD-Abgeordnete. Doch auch sie forderten mehr Steuergeld für die ÖPNV-Infrastruktur und für Elektro-Busse, „das dann woanders fehlt“ – etwa bei der Sanierung der Bahn. „Auch das ist nicht zu Ende gedacht“, urteilte Wiehle

**Das Parlament hat am Freitag zwei Anträge der AfD-Fraktion zu den Energiepreisen in Deutschland beraten. Sowohl der Antrag „Preisexplosion der Gasnetzentgelte verhindern – Rückbau und Stilllegung der Gasnetze sofort stoppen“ als auch ein Antrag zur Senkung der Strompreise für deutsche Unternehmen wurden im Anschluss an die Aussprache in den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Die AfD-Fraktion will mit ihrem ersten Antrag den Rückbau und die Stilllegung der Gasnetze „sofort“ stoppen. Die bestehende Gasnetzinfrastruktur soll weiter von kommunalen Energieversorgern genutzt werden. Die AfD-Fraktion listet in ihrem zweiten Antrag eine Reihe von Forderungen auf, mit denen sie die Strompreise in Deutschland senken will. Dazu gehört die Wiederinbetriebnahme bereits abgeschalteter Kernkraftwerke und die Fortführung von Kohle- und Gaskraftwerken. Die Stromsteuer soll für alle privaten und gewerblichen Verbraucher auf das europarechtliche Mindestmaß gesenkt werden.**

Ein unter Beteiligung von Bundesministerien, mehreren Bundesländern und kommunalen Spitzenverbänden im Bundeskanzleramt erstelltes internes Arbeitspapier, das vom Paritätischen Gesamtverband veröffentlicht wurde, bildete den Hintergrund einer **Aktuellen Stunde mit dem Titel „Kein Sozialabbau auf Kosten von Kindern, Jugendlichen, Familien und Menschen mit Behinderungen“.** Für Kinder, Jugendliche, Familien und Menschen mit Behinderungen seien massive Kürzungen geplant, sagte **Martin Reichardt (AfD)**. „Das lehnen wir entschieden ab“, machte er deutlich.

„Allein die von den Grünen bejubelten zehntausenden minderjährigen unbegleiteten Asylbewerber kosten 100.000 Euro pro Kopf pro Jahr“, sagte er. Dieses Geld fehle nun für die Fahrdienste behinderter Menschen. Diese Benachteiligung behinderter Menschen lehne die AfD entschieden ab. Laut Paritätischem Gesamtverband wären zudem fast eine Million Kinder Alleinerziehender von den Streichungen beim Unterhaltsvorschuss betroffen. Das Geld brauche die Bundesregierung für die Unterstützung der Ukraine, so Reichardt.



# Der nächste Landesgruppenbürgerdialog

## BÜRGERDIALOG der Landesgruppe Thüringen

28.05.26 | 18.00 Uhr

Lokschuppen  
Bahnhofstraße 9  
07580 Ronneburg

Mit

**Stephan Brandner** MdB

**Christian Zaum** MdB

**Denny Jankowski** MdL

**Wir freuen uns auf Sie!**  
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



**Alternative**  
für  
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



STEPHAN  
BRANDNER

# Die nächsten Termine



**30. April 2026**

## Brandnerunterwegs

Stephan  
**BRANDNER**

Treffen Sie mich in:

- Meuselwitz
- Lucka
- Prößdorf
- Wintersdorf
- Cretzschwitz
- Collis
- Großenstein

**AfD**



**STEPHAN  
BRANDNER**

## Bürgerabend

### 12. Mai, 18:00 Uhr

# ELFERHOF

Pohlitzer Straße 16  
07987 Mohlsdorf

**AfD**

Gebietsverband Greiz/ Umland



**26. Mai 2026**

## Angelabend

mit  
**Stephan  
BRANDNER**  
Stellvertretender Bundesvorsitzender

 **Dienstag, 26. Mai 2026**  
**18:00 Uhr**

 Alle weiteren Informationen nach  
Anmeldung unter  
[stephan.brandner.ma04@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma04@bundestag.de)

**AfD**



# Einladung zur Fahrt nach Berlin



Exklusiv für die  
Bewohner des  
Wahlkreises Gera- Greiz  
- Altenburger Land

## Einladung

**Leider schon ausgebucht**

**Juli**

### Inbegriffen:

- ✓ Übernachtung im DZ und mehrere Mahlzeiten
- ✓ Besuch Bundestag - Gespräch mit Stephan Brandner
- ✓ Vielfältiges politisches Programm
- ✓ Busfahrt aus Ostthüringen

**Seien Sie dabei!**

Anmeldung und Informationen ausschließlich über Heiko Gluth: [stephan.brandner.ma02@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma02@bundestag.de)



**STEPHAN  
BRANDNER**

# Zuschuss zur Klassenfahrt

## Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter  
[stephan.brandner.ma03@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.ma03@bundestag.de)

**STEPHAN BRANDNER**  
stellv. Bundesvorsitzender

**AfD**



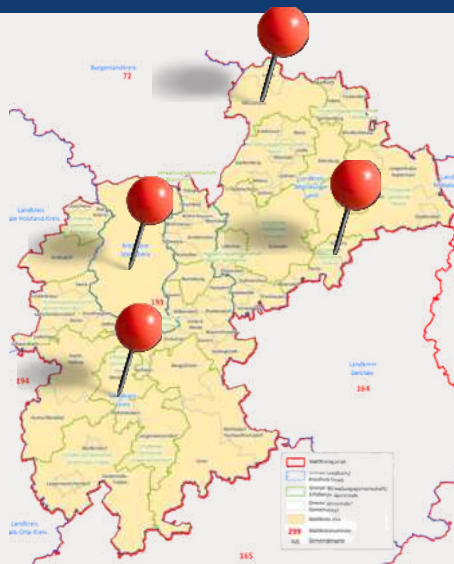
**STEPHAN  
BRANDNER**

# Wir sind für Sie da:

Wahlkreisbüro Gera  
Rudolf-Diener-Straße 21,  
07545 Gera  
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
kontakt@brandner-im-  
bundestag.de  
Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Gößnitz  
Zwickauer Straße 11,  
04639 Gößnitz  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
goessnitz@brandner-im-  
bundestag.de  
Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr






Wahlkreisbüro Meuselwitz  
Bebelstraße 21,  
04610 Meuselwitz  
meuselwitz@brandner-im-  
bundestag.de  
Geöffnet: Di. 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Weida  
Platz der Freiheit 9,  
07570 Weida  
weida@brandner-im-bundestag.de  
Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.  
Samstag im Monat: 8-11 Uhr



## Besuchen Sie mich auch im Netz

-  [www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)
-  [www.instagram.com/stephanbrandner](https://www.instagram.com/stephanbrandner)
-  [www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd](https://www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd)
-  [t.me/StephanBrandnerMdB](https://t.me/StephanBrandnerMdB)
-  [www.tiktok.com/@brandner\\_afd](https://www.tiktok.com/@brandner_afd)
-  <https://twitter.com/BrandnerSt>